

DIHK-StromPartnerschaft: Energieangebot ausweiten und Beschaffungskosten reduzieren

Kernbotschaften

Die Resultate zeigen, dass die StromPartnerschaft das Energieangebot ausweitet und die Beschaffungskosten für die Abnehmer deutlich reduziert. Der Ansatz ist dabei nicht auf einzelne Branchen beschränkt und geht mit geringen Kosten für den Bundeshaushalt einher. Die StromPartnerschaft bietet damit die Chance, der gesamten Wirtschaft eine wettbewerbsfähige Perspektive auf dem Weg der Transformation zu eröffnen. Auch Unternehmen, die nicht an der StromPartnerschaft teilnehmen, profitieren durch sinkende Marktpreise aufgrund des zusätzlichen Stromangebots.

Hintergrund

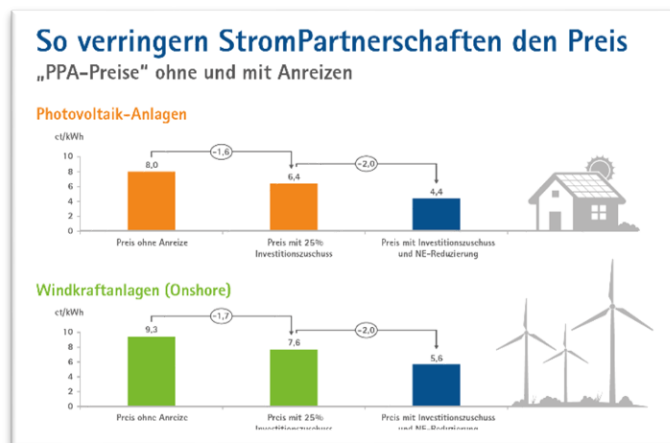
Die energiepolitischen Herausforderungen für den Wirtschaftsstandort Deutschland bleiben enorm. Nachdem die Energieversorgung im Winter sichergestellt werden konnte, richtet sich nun der Blick in die Zukunft. Fest steht: Die deutschen Strompreise liegen weiterhin auf einem extrem hohen Niveau. Dies stellt die Breite der Wirtschaft vor enorme Belastungen, schränkt die Wettbewerbsfähigkeit des Industriestandortes Deutschland ein und droht, den Transformationsprozess auszubremsen.

Effekte der StromPartnerschaft

Vor diesem Hintergrund hat die DIHK das Konzept der StromPartnerschaft erarbeitet und PwC beauftragt, die damit verbundenen Effekte zu berechnen.

Im Ergebnis kann mit der StromPartnerschaft der PPA-Preis für Industrie und Gewerbe um maximal 3,7 ct/kWh gesenkt und das Stromangebot aus erneuerbaren Energien für die deutsche Wirtschaft um 74 TWh/Jahr ausgeweitet werden. Notwendig sind dafür zwei Anreize. Erstens ein Investitionszuschuss von 25 Prozent sowie eine Entlastung der Netzentgelte um 2 ct/kWh im Rahmen der StromPartnerschaft.

In Kombination führen beide Instrumente zu Preisen von Direktstromlieferverträgen (PPAs) in Höhe von 4,4 Cent bei PV-Strom und 5,6 Cent bei Windstrom exklusive Steuern und Umlagen. Hinzu kommen noch die verbleibenden Netzentgelte.



Quelle: DIHK-Konzept StromPartnerschaft 29.06.2023 | PwC

Durch die Entlastung der Netzentgelte ergeben sich über einen Zeitraum von 15 Jahren Kosten von durchschnittlich 1,6 Mrd. Euro jährlich. Zwar wurde die Entlastung der Wirtschaft von zunehmend steigenden Netzentgelten in der aktuellen Diskussion zum Industriestrompreis immer auch genannt, damit einhergehende Kosten in vorliegenden Kalkulationen aber nicht berücksichtigt. Der Investitionszuschuss für neue Windkraft- und PV-Anlagen führt mit 1,3 Mrd. Euro pro Jahr zu geringen Kosten und würde zusätzlich Ausgaben der EEG-Förderung einsparen sowie Steuerannahmen anstoßen. Unter dem Strich dürfte die Belastung aus dem Bundeshaushalt daher bei deutlich unter 1 Mrd. Euro jährlich liegen, wenn man die Kosten für die Netzentgeltsenkung außen vorlässt.